

F. Parteiinterna an den 13. Landesparteitag

F.3. Satzungsmodelle für Beratungen

ÄF.3.16.NEU Änderungsantrag zu F.3. Satzungsmodelle für Beratungen

Einreicherin: Antje Feiks

UnterstützerInnen: Landesvorstand

Es wird folgende **Ersetzung im letzten Anstrich des Modells 2** beantragt:

Alt:

Der Landesparteitag soll auf 150 bis 180 Delegierte mit beschließender Stimme verkleinert werden [...].

In neu:

Der Landesparteitag soll weiterhin 180 – 200 Delegierten mit beschließender Stimme haben.

Begründung:

Zum Jahresende des Jahres 2015 hatte der Landesverband 8680 Mitglieder. Ein Landesparteitag mit 200 Delegierten entspricht derzeit 2,3 Prozent der Mitgliedschaft der LINKEN Sachsen. Nun ist es sicherlich berechtigt, zu prüfen und in Erwägung zu ziehen, auch den Landesparteitag zu verkleinern. Folgende Argumente könnten auf den ersten Blick dafür sprechen.

1. Kostenersparnis

Gegenargument: Der Landesparteitag (zweitägig) kostet insgesamt maximal 50.000 Euro (zu Grunde liegt hier die Landesvertreter*innenversammlung 2014) inkl. Übernachtungskosten, Druckkosten, Werbungskosten, Ausgestaltung, Technik, Saalmiete, Kommissionsversorgung usw. Durch eine Verkleinerung würden die Einsparungen keine 10 % betragen, weil lediglich die Übernachtungskosten und Fahrtkosten, die von der Partei übernommen werden, gesenkt würden. Vermutlich sind die Einsparungen noch geringer. Alle anderen Posten wären konstant. Kleinere Räume zu finden, ist nach Recherchen für die Landesgeschäftsstelle dann zwar möglich, der preisliche Unterschied fällt jedoch nicht ins Gewicht.

Bei einem Landeshaushalt derzeit in Höhe von 1,37 Mio. und perspektivisch in Höhe von 1,1 Mio. Euro in 2019 beträgt der Haushaltsposten perspektivisch bei gleich bleibender Anzahl an Delegierten großzügig gerechnet 4,5 Prozent des Landeshaushaltes der LINKEN Sachsen im Jahr 2019. Die zu erwartenden Einsparungen am Landeshaushalt betragen für das Jahr 2019 0,45 Prozent des Haushaltvolumens.

Ob diese eher geringen Einsparungen die mangelnde Einbindung durch die Verkleinerung rechtfertigen, muss bezweifelt werden.

2. Die Partei hat weniger Mitglieder. Damit sollte auch der Landesparteitag verkleinert werden.

Gegenargument: Dieser Aussage gegenüber stehen Fakten. Der Landespartei gehören beispielsweise aktuell schon allein 36 Mandatsträger*innen an, hinzukommen sechs Kreisvorsitzenden und deren Stellvertreter*innen ohne Mandat. Weiterhin sind bei den Abgeordneten mehr als 60 Mitarbeiter*innen beschäftigt. All das sind Personen, die aufgrund ihrer Multiplikator*innenrolle in den Kreisen als Delegierte mit hoher Wahrscheinlichkeit gewählt werden. Das heißt, dass ca. 100 Berufspolitiker*innen auf dem Landesparteitag delegiert sind. Bei 160 Delegierten aus den Kreisverbänden ist schon jetzt die kritische Masse an Delegierten, die außerhalb der Partei beschäftigt sind bzw. keine Spitzenfunktion oder ein Mandat ausüben, vergleichsweise gering. Und gerade diese Delegierten sind oft ein Korrektiv und bringen einen anderen und für die Partei wichtigen Blickwinkel ein.

Weiterhin ist ein Landesparteitag ein Event, an dem es auch neuen Genoss*innen, die weniger bekannt sind, möglich sein sollte, teilzunehmen. Mitentscheiden können ist einer der Mehrwerte eines Parteimitgliedes. Hier Einschränkungen vorzunehmen, ist nicht im Sinne einer Mitgliederpartei.

Nach Auffassung der Antragstellerin wäre die Verkleinerung des Parteitages ein Schritt mehr in Richtung, Berufspolitiker*innenpartei und ein weiterer Einschnitt in die Beteiligungsmöglichkeiten der Mitgliedschaft.

3. Auch 150 Delegierte können Entscheidungen treffen.

Das ist erst einmal richtig.

Gegenargument: Allerdings sollten Landesparteitagsentscheidungen Tragfähigkeit haben im Landesverband. Sowohl bei Funktionsträger*innen, bei Mandatsträger*innen, aber eben vor allem auch in der gesamten Mitgliedschaft der Partei. Wenn diese nur noch unzureichend eingebunden ist, weil keine Chance auf Delegation mehr besteht, kann es zu einer Delegitimierung des höchsten Organs auf Landesebene kommen.

Allerdings kommen wir an der Mitgliederentwicklung des Landesverbandes nicht vorbei, deshalb sollte die Zahl 2,3 Prozent bindend sein, allerdings die Gesamtzahl von 180 Delegierten in den nächsten Jahren nicht unterschritten werden. Wann auch die Zahl 180 nicht mehr bindend sein soll, sollte der Landesparteitag entscheiden, wenn die Debatte und eine Abwägung erfolgt sind.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	